

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands
 Redaktion und Vertrieb: Frankfurt/Main, Bettinastr. 64, Tel. 77178/77906
 Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus, mit Genehmigung der Militärreg.
 Postscheckkonto: Frankfurt/Main 39367, Bankkonto Hessische Bank 125737
 Frankfurt/Main, beide unter Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU Deutschlands.

Nr. 31, 3. Jhrg. (0) Frankfurt/Main, 15.2.1949.

Seite 1

Die Information des Tages :

Innenpolitik

Zu den Gebietsansprüchen der Weststaaten erklärte Ministerpräsident Arnold von Nordrhein-Westfalen auf eine Anfrage des CDU-Abgeordneten Dr. Leo Schwing, dass einseitig verfügte Grenzveränderungen dem feierlich verkündeten Selbstbestimmungsrecht der Völker widersprechen. Die Grenzen der Zukunft sollten verbinden, aber nicht trennen.

Mit 37 SPD-Stimmen gegen 5 Stimmen der SSW bei Stimmenthaltung der CDU nahm der schleswig-holsteinische Landtag ein Gesetz über Landabgabe und Enteignung zur Bodenreform an. *Diese Sache müßte ausführlich gebracht werden*

Der erweiterte Landesausschuss der CDU Südbadens hat nach mehrstündiger Sitzung dem Staatspräsidenten Wohleb und seinen Ministern das Vertrauen ausgesprochen. *Warum kein eingehender Bericht über die Lage in Südbaden, auch f. den A-Dienst?*

Personelles

Für den verstorbenen CDU-Abgeordneten Landrat Dingeldey ernannte die CDU-Fraktion des hessischen Landtages den Angestellten Peter Keller (Dieburg) zum Nachfolger.

Abgeordneter Bürgermeister a.D. Petersen (CDU) hat sein Mandat in der Hamburger Bürgerschaft aus beruflichen Gründen niedergelegt.

Der Ortsausschuss der Zentrumsparlei in Essen-Bredeney hat den Ausschuss Dr. Spieckers aus der Zentrumsparlei beschlossen.

Sozialpolitik

Der bizonale Verwaltungsrat hat der Auffassung des Direktors der Verwaltung für Arbeit zugestimmt, dass die Sieben-Tage-Arbeitswoche abzulehnen sei. Höchstens in besonderen Fällen könnte eine verlängerte Arbeitszeit erwogen werden.

Der Direktor der Verwaltung für Arbeit, Anton Storch (CDU) kündigte in Bochum die baldige Vorlage eines Kündigungsschutzgesetzes an, das er als Voraussetzung für die Aufhebung aller einschränkenden Bestimmungen der Arbeitsplatzwechselverordnung bezeichnete.

Aus den Parteien

Der englische Zivilgouverneur von Niedersachsen hat es abgelehnt, der "Deutschen Union" die Lizenz zu erteilen, da bisher keine Klarheit über Absicht und Ziele dieser Organisation zu erlangen war. Vor allem sei nicht zu erkennen, ob die "Deutsche Union" eine Partei sein wolle, oder was sie mit der Bezeichnung "überparteiliche Organisation" meine. - Auf einer Delegiertentagung der "Deutschen Union" in Koblenz wurde die Gründung einer Landesvereinigung Rheinland-Pfalz beschlossen.

*Wie ich sprächen m. Besuchern des Generalsekretariats - 2 -
 feststellte, wäre eine klare Stellungnahme einwill. f. die gesamte
 CDU f. die Parteimitglieder sehr erwünscht*

Tagung des Landesausschusses Hamburg

=====

In einer Sitzung des Landesvorstandes der CDU Hamburg erstattete der 1. Vorsitzende, Direktor Scharnberg, einen Bericht über die politische Lage. Von der Arbeit in Frankfurt um den Lastenausgleich ausgehend, behandelte er die Dringlichkeit einer Steuersenkung und das Problem der Kapitalbildung. Zur allgemeinen Wirtschaftslage betonte Direktor Scharnberg, daß die Beurteilung der DM im Ausland heute wesentlich günstiger sei als noch vor einigen Monaten. Fairer Wettbewerb müsse die Leistung weiter erhöhen. Der Begriff der Verantwortung müsse in Wirtschaftskreisen wieder zu Ehren kommen. Dagegen müsse der Ruf nach Sicherheit von Seiten der Vermögenden einer freudigeren Übernahme von Risiko weichen. Es sei notwendig, eine Synthese zwischen Autorität und Freiheit zu finden. "Sozialer werden" sei in jeder Beziehung wichtig, damit wir nicht von einer Nazi- in eine kommunistische Diktatur fallen. Auf die Arbeit des Parlamentarischen Rates eingehend bedauerte er, daß die Arbeit des Wahlrechtsausschusses wahrscheinlich wenig Hoffnung auf ein Zweiparteiensystem lasse. Weiterhin bedauerte Scharnberg die Uneinigkeit der Parteien rechts der SPD. Anschließend wies er auf die außenpolitische Lage hin. Direktor Scharnberg schloß mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der Bundestagswahlen und eines Sieges der CDU.

Berichte der Abgeordneten Wilken über die Fraktionsarbeit der Bürgerschaftsfraktion der Hamburger CDU und Groth über die Zusammenarbeit mit dem Verband der Grundstückeigentümer beschlossen die Landesausschußsitzung.

Sozialpolitik

Für energische Förderung des Wohnungsbaues

=====

Im Württembergisch-Badischen Landtag legte Abg. Dr. Häring (CDU) einen Initiativ-Gesetzentwurf vor, der u.a. für die Erbauer von Wohnungen mit einer Nutzfläche von mehr als 45 qm zur Deckung der unrentierlichen Baukosten einen verlorenen Zuschuß von durchschnittlich DM 5000.- vorsieht. Dr. Häring forderte weiter, daß Wohnungen, die ohne staatlichen Zuschuß gebaut werden, von jeder Zwangsbewirtschaftung ausgenommen werden sollen. Nach dem vorgelegten Entwurf können ferner die Mieten den Kosten angepaßt werden. Ein weiterer CDU-Antrag ersucht den Landtag, im Rechnungsjahr 1949/50 alle verfügbaren Staatsmittel weitgehend für die Instandsetzung zerstörter Wohnungen, für den Bau neuer Wohnungen und für die Schaffung von Schulräumen zu verwenden. In der großen Aussprache warf Abg. Heurich (CDU) der Staatsregierung mangelnde Initiative im Gegensatz zur bayerischen und hessischen Staatsregierung vor. Dr. Häring verlangte, daß die Bereitstellung für den sozialen Wohnungsbau beschleunigt werde. Er forderte: "Nicht zu viele Ausschüsse! Wir müssen handeln!" Dr. Häring versprach sich eine Steigerung der Wohnungsbautätigkeit durch eine vernünftige Beziehung zwischen Baukosten und Mieten, deren gegenwärtige Höhe im Verhältnis zu früher er als zu niedrig ansieht. Er sprach sich ferner für eine Erhöhung der Altmieten aus und schlug vor, die derart erzielten Beträge der Neufinanzierung zuzuführen. Die weitere Beratung der Angelegenheit wurde einem Ausschuß überwiesen, der unverzüglich mit der Arbeit beginnen und dem Landtag alsbald konkrete Vorschläge unterbreiten soll.

InnenpolitikBüroraum für 5000 Menschen
=====

Auf eine Anfrage des CDU-Abgeordneten Hagge im Schleswig-Holsteinischen Landtag gab Minister Käber bekannt, daß die Landesregierung und die Landesverwaltung insgesamt 1052 Räume mit einer nutzbaren Fläche von 25.476 qm in Anspruch nehmen. Diese Auskunft beleuchtet schlagartig die Notwendigkeit des von der CDU nachdrücklich geforderten Behördenabbaues. Sie beweist, daß für diese Forderung nicht nur finanzielle Gründe maßgebend sind, sondern ebenso gewichtige Gründe der Raumverteilung innerhalb der schwer zerstörten Stadt. Bei einem Durchschnittssatz von etwa 5 qm Wohnraum, der in Schleswig-Holstein pro Kopf der Bevölkerung eingenommen wird, entspricht der von der Landesregierung allein in Anspruch genommene Büroraum dem Wohnraum von 5000 Menschen. Deutlicher kann die Notwendigkeit des Abbaues des aufgeblähten Verwaltungsapparates nicht illustriert werden.

Sozialpolitik"Unabhängiger Arbeitnehmerverband" in Hannover
=====

Zu unserer Nachricht über die Gründung des "Unabhängigen Arbeitnehmerverbandes" in Hannover (Informationsdienst Nr. 27 vom 9. Februar 1949) teilt uns Direktor Storch von der Verwaltung für Arbeit mit, daß diese Neugründung keinesfalls als Nachfolger der Christlichen Gewerkschaften bezeichnet werden könne. Hinter der Neugründung stehe eine Gruppe von Arbeitern, die in ihrem Leben noch nichts mit den Gewerkschaften zu tun hatten. Keinesfalls würden diese Bestrebungen von ehemaligen christlichen Gewerkschaftlern gestützt. - Zur Person des Gründers des "Unabhängigen Arbeitnehmerverbandes", des Arbeiterssekretärs Unruh, wird bekannt, daß dieser aus dem Osten nach dem Westen gekommen ist, der SPD angehörte, in Bückeburg Sekretär der Industrie-Gewerkschaft Bau wurde, eines Tages aber entlassen werden mußte, u. a. weil ihm Unregelmäßigkeiten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Bückeburg vorgeworfen wurden, die im Februar 1948 auch zu seinem Ausschluß aus der SPD führten. Diese Charakteristik beweist zur Genüge, daß Unruh weder das moralische Recht noch die Legitimation besitzt, sich als Vertreter oder Wortführer der christlichen Arbeiter aufzuspielen. Der "Unabhängige Arbeitnehmer-Verband" kann somit auch nicht als Nachfolger der Christlichen Gewerkschaften angesprochen werden.

Es hätte hier auch auf den unklaren Bericht

der NZ hinzuwiesen werden müssen

=====
Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastr. 64
Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2065.
Gedruckt in der Redaktion DUD, Frankfurt a.M., II/49/600.
Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.
=====